

Beteiligung und Engagement der Städte, Landkreise und Gemeinden:

Europa gelingt nur mit den Kommunen

Europa und die kommunale Ebene brauchen einander. Allerdings spiegeln die Mitwirkungsrechte der kommunalen Ebene ihre Bedeutung für die Europäische Union derzeit nicht wider. Als Ebene, die am nächsten an den Bürgerinnen und Bürgern ist, müssen die Kommunen mehr Mitsprache und Beteiligung im EU-System erhalten. Die neue Legislaturperiode und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bieten eine gute Gelegenheit, um mit den Kommunen die Zukunft Europas zu gestalten.

Ein Beitrag von
Lina Furch

Für unsere Städte, Landkreise und Gemeinden ist Europa von ganz besonderer Bedeutung: Die europäische Integration ist nicht nur der Grundpfeiler für ein friedliches Zusammenleben und wirtschaftliches Wachstum in Europa. Vielmehr ist die längste Friedensperiode in Europa auch Grundlage für eine gute und erfolgreiche kommunale Entwicklung. Rund 70 Prozent der europäischen Gesetzgebung betrifft die Kommunen entweder direkt in ihrem kommunalen Zuständigkeitsbereichen oder indirekt in ihrer Funktion als Umsetzungsinstanz von EU-Recht auf nationaler Ebene. Europapolitik ist daher in vielen Bereichen Kommunalpolitik und Kommunalpolitik ist Europapolitik.

Auch für Europa ist die kommunale Ebene von wesentlicher Bedeutung: Denn hier leben die Menschen, hier finden Begegnungen statt und hier gestaltet die Politik. Als Träger der Daseinsvorsorge für rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger spielt die kommunale Ebene eine Schlüsselrolle bei der Vorbereitung, Gestaltung, Finanzierung und Umsetzung der Politik der Europäischen Union. Der Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht, kommt die – nicht selten schwierige – Aufgabe zu, Europa zu „übersetzen“ und den Menschen nahezubringen. Damit spielen die



Foto: European Union, 2019 / Denis Closon

Die Kommunen setzen sich im Europäischen Ausschuss der Regionen für ein bürgernahes Europa ein

Kommunen eine Schlüsselrolle bei der Meinungsbildung in und über Europa.

Kommunen in Brüssel aktiv

Die Städte, Landkreise und Gemeinden bekennen sich zu Europa und zur europäischen Idee. Sie bringen sich aktiv in den Diskurs für ein bürgernahes Europa und dessen Zukunft ein. Sie tragen die Interessen und Erfahrungen ihrer Bürgerinnen und Bürger nach Brüssel mit dem Ziel, europäische Politik in deren Sinne zu gestalten. Kommunen pflegen – häufig über ihre Europabeauftragten – ihre individuellen Netzwerke in Brüssel.

Zur Autorin:

Lina Furch ist stellvertretende Generalsekretärin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sowie Leiterin der Abteilung Europa und Ausland und des Europabüros des Deutschen Städtetages (DST).



Foto: A. Würth, Landratsamt Ludwigsburg

Der Landkreis Ludwigsburg hatte mit dem Landkreistag Baden-Württemberg, dem Städtetag Baden-Württemberg und dem europäischen RGRE-Dachverband „Council of European Municipalities and Regions“ im Februar 2019 zu einem Bürgerdialog zur künftigen Entwicklung der EU eingeladen

Was jedoch für die Nationalstaaten und die EU im Großen gilt, hat auch für die Kommunen Gültigkeit: Gemeinsam hat die kommunale Stimme ein größeres Gewicht. Daher vernetzen sich die Kommunen in Städtenetzwerken wie Eurocities oder Euro-towns und nehmen über die Europabüros ihrer kommunalen Spitzenverbände Einfluss auf europäische Politik. Oder sie bringen sich in die Arbeit der **Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)** und ihres europäischen Dachverbandes **„Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR)** ein.

Darüber hinaus können die Kommunen über ihre kommunalen Spitzenverbände lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) entsenden. Im Gefüge der Europäischen Union gewährleistet der AdR den Regionen und Kommunen in der EU ein – leider noch zu schwaches – förmliches Mitspracherecht bei der Gesetzgebung in Europa.

Europa in den Kommunen vor Ort

Gleichzeitig gehört es zu den Aufgaben der Kommunen, Europa zu den Bürgerinnen und Bürgern zu „tragen“ und mitunter zu „übersetzen“. Hier leistet die kommunale Ebene Bedeutendes: In unzähligen Aktivitäten vor Ort werden sie nicht müde, Europa zu vermitteln und begreifbar zu machen. Europawoche, Europatage, Begegnungen im Rahmen von Schüleraustauschen und Kulturveranstaltungen sind nur einige Beispiele

dieses Engagements. Häufig in Kooperation mit Akteuren quer durch die Stadtgesellschaft wie Vereine, Institutionen, Universitäten und Schulen schaffen sie Raum für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und bieten eine Plattform zur Vernetzung.

Den grenzüberschreitenden Kooperationen und kommunalen Partnerschaften hat Europa besonders viel zu verdanken: Nach der Katastrophe und den Schrecken des Zweiten Weltkriegs waren es Europas



Foto: Claudia Wiener, Stadt Bocholt

Städte und Gemeinden, die durch die Aufnahme von Partnerschaften den Weg für dauerhaften Frieden und Wohlstand und damit für ein geeintes Europa ebneten. Sie sorgten dafür, dass Menschen, die sich noch kurze Zeit vorher als Feinde gegenüberstanden, einander begegneten und Ressentiments abbauten. Bis heute werden die meisten kommunalen Partnerschaften mit besonderer Leidenschaft gelebt.

Im Rahmen des Jugendprojektes „Europäischer Wunschzaun – europäischer Wunschraum“ malten deutsche, niederländische und belgische Jugendliche im Mai 2019 ihre Wünsche und Ideen zur Zukunft Europas an eine Wand

Und heute wie damals gilt: Wo Menschen einander begegnen, wo Austausch und Dialog stattfinden, werden Verständnis und Toleranz gefördert, werden Freundschaften geschlossen und die europäische Idee mit Leben gefüllt.

Herausforderungen in Europa begegnen

In den vergangenen Jahren haben wir in Europa Entwicklungen erlebt, die uns Sorgen machen. Der Brexit, der Streit über die Flüchtlings- und Migrationspolitik, aber auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Ländern haben Europa auseinanderdriften und eine Generation heranwachsen lassen, deren Vertrauen in Europa und die europäische Wertegemeinschaft schwindet. Dazu gesellen sich große Herausforderung wie der Klimawandel, die geopolitischen Verschiebungen in der globalen Ordnung oder die Digitalisierung.

Diese Entwicklungen verunsichern die Bürgerinnen und Bürger. Und obwohl die überwiegende Mehrheit der Europäerinnen und Europäer hinter der europäischen Idee steht, spiegeln sich die Unsicherheit und das Gefühl, an der Gestaltung Europas nicht wirklich beteiligt zu sein, insbesondere im Erstarken populistischer, nationalistischer und europafeindlicher Kräfte wider.

Wie kann einer Entfremdung der Menschen von Europa entgegengewirkt werden? Oder positiv ausgedrückt: Wodurch fühlen sich Menschen mitgenommen und wie kann man den Bürgerinnen und Bürgern Europa (wieder) näher bringen? Und wie kann den großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich begegnet werden? Welche Rolle spielt dabei die kommunale Ebene?

Weder gibt es ein Patentrezept noch einfache oder schnelle Lösungen. Große Herausforderungen liegen vor uns. Und es wird Zeit brauchen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Europa gehört werden, müssen insbesondere die Möglichkeiten der Mitgestaltung durch die kommunale Ebene gestärkt werden. Ein erster Schritt war die auf der Grundlage des Paktes von Amsterdam entwickelte Urbane Agenda für die Europäische Union, die es konsequent fortzuentwickeln und deren Ergebnisse es zu nutzen gilt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 bietet eine große Chance, die Mitwirkung der kommunalen Ebene im Gefüge der EU zu stärken.



Foto: European Union 2018 - EP / Marc DOSSMANN

Entscheidende Rolle der Kommunen

Kommunen in Deutschland verfügen gemäß Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz über eine rechtlich verbrieft starke Selbstverwaltung. Entsprechend sollte Deutschland daher seine Möglichkeiten nutzen, die Schwerpunkte seiner Ratspräsidentschaft im Sinne der kommunalen Ebene zu setzen. Dazu gehört eine deutliche Verbesserung der Rolle der Kommunen bei der Gestaltung künftiger EU-Politik im Sinne einer Mehrebenen-Governance. Insbesondere müssen die Mitwirkungsrechte der kommunalen Ebene über den AdR hinaus gestärkt werden. Beispielsweise sollte darauf hingewirkt werden, die kommunale Ebene stärker über Konsultationen vor und während der Vorlage von Gesetzesvorschlägen durch die Europäische Kommission strukturell einzubeziehen und Anhörungsrechte beim Europäischen Parlament zu institutionalisieren.

Zusätzlich sollte die EU auch außerhalb von Wahlkampfzeiten das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise in einem ständigen Bürgerdialog unter Beteiligung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften suchen. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang die von der Leyen angekündigte Konferenz zur Zukunft Europas. Die kommunale Ebene und insbesondere die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas sind dazu bereit, sich aktiv in die Debatte zur Zukunft Europas einzubringen.

Denn eines ist klar: Die Gestaltung der Zukunft der EU ist eine gemeinsame Aufgabe und Verantwortung aller. Sie benötigt eine starke Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Und sie kann nur mit den Kommunen gelingen. ■

Wenn Europa seine Erfolgsgeschichte weiterschreiben will, müssen vor allem auch junge Menschen in die Gestaltung der Europäischen Union einbezogen werden

Infos

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

🔗 <https://www.rgre.de/>

Council of European Municipalities and Regions (CEMR):

🔗 <https://www.ccre.org/>